

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zu drei zentralen Irrtümern beim deutschen Einheitsprozeß: Bonn muß seine Politik überprüfen.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur Entwicklung in der Sowjetunion: Der Nationalismus ersetzt den Kommunismus.

Seite 3

### Rezension

Hermann Langbein stellt das Buch "Die Untergegangenen und die Geretteten" von Primo Levi vor.

Seite 3

### Dokumentation

Die Arbeitsgruppe Golfkrieg im Netzwerk Friedenskooperative hat einen Aufruf zu den Folgen des Golfkriegs veröffentlicht: Laßt die Kurden leben!

Seite 6

46. Jahrgang / 69

11. April 1991

## Bonn muß seine Politik überprüfen Zu drei zentralen Irrtümern beim deutschen Einheitsprozeß

Von Dr. Wilhelm Bruns  
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Es deutet alles darauf hin, daß die deutsche Einheit in ihre schwierigste Phase geraten ist. Wie kam es dazu? Ohne hier vordergründige Schuldzuweisungen vornehmen zu wollen, ist festzustellen, daß drei kardinale Irrtümer beziehungsweise Fehlannahmen den bisherigen sozialen und ökonomischen deutschen Einheitsprozeß begleiten.

**Erster Irrtum:** Die relativ reibungslose staatliche Vereinigung wie auch die schnelle Regelung der äußeren Aspekte deutscher Einheit nährten bei der Regierung in Bonn, aber auch bei den Menschen in den neuen fünf Bundesländern die Illusion, daß dem bald die rasche ökonomische und gesellschaftliche Transformation der alten DDR erfolgen werde. Dies hat sich als ein folgenschwerer Irrtum erwiesen. Verstärkt wurde dies durch die Bemerkung des Bundeskanzlers, der wiederholt von den "blühenden Landschaften" in den nächsten drei bis fünf Jahren zwischen Oder und Elbe gesprochen hat.

**Zweiter Irrtum:** Das Nationalgefühl der Deutschen, so die Annahme, sei stark genug, um den Menschen zwischen Rostock und Suhi durch großes Engagement zu helfen. Nun hat sich herausgestellt, daß es an diesem Nationalgefühl fehlt. Aber auch die Solidarität, die das fehlende Nationalgefühl kompensieren könnte, war offenbar nicht stark genug, um hier wirksam zu helfen. Es ist Klaus von Dohnanyi zuzustimmen, wenn er appelliert, daß die Herstellung der Solidarität "heute die wichtigste politische Führungsaufgabe der Bundesregierung sei" (Brücken auf dem Weg zur Einheit, in: Die Zeit vom 5. April 1991, S. 3). Der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maiziere, hat in seiner Regierungserklärung das Motto ausgegeben: "Die Teilung durch teilen überwinden". Dies ist ein folgenloses Motto geblieben!

**Dritter Irrtum:** Durch einen enormen Geldtransfer (ein Viertel des Bundeshaushaltes 1991 entfällt auf die neuen Bundesländer) gelingt es, das Ziel der einheitlichen Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen, so die weitverbreitete Annahme. Auch hier ist vor einem Automatismus zu warnen. Geld allein reicht nicht. Es geht um die Schaffung einer personellen und materiellen Infrastruktur in den Gemeinden und Ländern, und dazu bedarf es auch eines großen personellen Transfers von West nach Ost.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fünftägiger Umgang  
mit wertvoller Reststoffe  
Recycling-Papier



Alle drei Irrtümer beziehungsweise Fehlannahmen sind im übrigen korrigierbar!

II.

Es steht viel auf dem Spiel, nicht nur für die deutsche Einheit, sondern auch für die europäische Entwicklung. Denn das was zur Zeit unter dem Stichwort "Deutsche Einheit" versucht wird, soll Modellcharakter für das europäische Zusammenwachsen haben. Gelingt es nicht, ein durchaus lösbares Problem (die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland in einem überschaubaren Zeitraum) zu realisieren, so wird dies negative Folge in den Reformstaaten Polen, CSFR und Ungarn wie für das Zusammenwachsen zwischen West- und Osteuropa haben.

III.

Dreh- und Angelpunkt ist die zunehmende Arbeitslosigkeit in den neuen fünf Bundesländern, die andere Probleme nach sich zieht. Es ist ein Widerspruch - so der Daimler-Chef Edzard Reuter -, wenn die Zahl der Arbeitslosen steige und gleichzeitig der Umfang gesellschaftlich notwendiger, aber unerledigter Arbeiten wachse.

Die Bundesregierung sollte ihre bisherige Politik überprüfen, das Kooperationsangebot der parlamentarischen Opposition annehmen, und alles unterlassen, was die Lage im "Beitrittsgebiet" verschlechtert. Wir brauchen einen neuen Ansatz- eine neue Strategie und müssen die nationale Aufgabe als die historische Chance begreifen - gemeinsam und sofort! Schaffen wir das?

(-/11.4.1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Der Nationalismus ersetzt den Kommunismus** **Zur Entwicklung in der Sowjetunion**

**Von Gert Weisskirchen MdB**

Weg vom Zentrum, raus aus der Union - dieser Ruf hat die baltischen Republiken nicht allein erfasst. Mit Moldawien und Georgien verbindet Estland, Lettland und Litauen der unabänderliche Wille der überwältigenden Mehrheit der Menschen wie ihrer politischen Repräsentanz nach staatlicher Loslösung von Moskau. Armenien wird folgen. Welche Region wird sich dem Ruf anschließen?

Die Sowjetunion wird von Krisen geschüttelt. Der Nationalismus ersetzt den Kommunismus als Ideologie. Nur, anders als das leninsche Projekt hat er seine Massenbasis. Er ist eine Antwort auf den Versuch, die gesellschaftlichen Konflikte durch Terror einzuebnen. Und er ist eine Antwort auf die Gewalt, die Identität der Völker zu zerbrechen, die in das koloniale Imperium gezwungen wurden. Der bürokratische Kommunismus hat ein Regime der organisierten Verantwortunglosigkeit errichtet.

Die sich zuspitzenden Krisen der Wirtschaft, der Ökologie und der Systeme des weitmaschigen und unvollkommenen Netzes der sozialen Sicherheit verbreiten die Potentiale, an denen sich Protest sich entzündet. Mit Glasnost und Perestrojka hatte Michail Gorbatschow für die Mitte der achtziger Jahre angemessene Konzepte der Veränderung der Sowjetgesellschaft angeboten, um sie von ihrer institutionellen Erstarrung zu befreien. Mit ihren gewollten Begrenzungen aber stoßen sie an die ihnen innewohnenden Widersprüche, die sich zurückführen lassen auf die Angst der Nomenklatur vor der Demokratie.

Boris Jelzin ist zum Sprecher gegen das Machtzentrum geworden. Im Nationalitätenkonflikt hat er gelernt zu moderieren. Er unterstützt mit seiner Vertragspolitik einen Kurs des konstruktiven Dialogs zwischen den Republiken. Zusammen mit Weißrußland und der Ukraine hat er eine

Kooperationsbasis gefunden, die, gemeinsam mit den aus der Union herausstrebenden Republiken die Mehrheit der Menschen der Union repräsentiert. Die Ausgrenzung aus dem Hof der Macht des Kreml hat seinen unaufhaltsamen Aufstieg als Gegenpol zu Gorbatschow begünstigt. Er hat es verstanden, sich der Sympathie der neuen demokratischen Bewegungen zu versichern. Der Zerfall der Autorität Gorbatschows als Hoffnungsträger für eine fundamentale Demokratisierung kreuzt sich mit Jelzins Rückkehr. Seiner Volkswahl zum Präsidenten Rußlands steht nichts mehr im Wege. Der Volksdeputiertenkongreß wird im Mai die entsprechenden Beschlüsse fassen. Die Fraktionen des "Demokratischen Rußland", die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Republikaner werden seine Kandidatur befürworten. Zu erwarten ist auch, daß die "Kommunisten für Demokratie" sich diesem Spektrum anschließen werden.

Rußland ist auf dem Weg zu einer zivilen Gesellschaft. Die deutsche Sozialdemokratie kann mithelfen, unnötige Beschwerden aus diesem Weg zu räumen. Könnten nicht unsere Erfahrungen mit Kooperationsformen zwischen gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen, zwischen Parteien und Bürgerinitiativen, zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft genutzt werden, um den Umbruch in den Republiken der Sowjetunion zu möglichst geringen gesellschaftlichen Kosten vorstatten gehen zu lassen? Unsere historisch gesättigte Arbeit, kann, ohne die Versuchung ihrer Übertragung als Modell, das Lernen im Umgang mit sozial gefährlichen Konflikten erleichtern.

Eine Angst aber ist auch bei uns zu besänftigen. Es wäre keine Parteinahme gegen Gorbatschow, wenn die deutsche Sozialdemokratie den Weg der Sowjetunion in eine zivile Gesellschaft konstruktiv begleitet. Es wäre der unverzichtbare Beitrag zu seinem Gelingen.

(-/11.April 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **REZENSION**

### **Politisches Testament eines Auschwitz-Überlebenden**

(\*Die Untergangenen und die Geretteten\* von Primo Levi, Hanser-Verlag, München 1990, 208 Seiten, 36 Mark)

Wer das Vernichtungslager Auschwitz überleben konnte, ist für sein weiteres Leben gezeichnet; ob zerbrochen und bemüht, seine Erinnerungen zu verdrängen - was erfahrungsgemäß niemandem völlig gelingt, sie kommen in Träumen; ob in der Verpflichtung weiterlebend, alles zu tun, damit die nachfolgenden Generationen Schlußfolgerungen für sich daraus ziehen, daß in Mitteleuropa im 20. Jahrhundert ein Auschwitz möglich geworden war - nach Auschwitz ist der Überlebende ein anderer geworden.

Einer von denen, die nicht verdrängen wollten, ist Primo Levi, der Italiener aus Turin, der, noch nicht 25 Jahre alt, nach Auschwitz deportiert worden war, weil er Jude ist. Sein Bericht "Ist das ein Mensch?" kann keinen Leser gleichgültig lassen. In seiner Heimat konnte man bei Tagungen erleben, daß er unzähligen Jungen als Autorität gilt. Seine Auschwitz-Autobiographie wurde in viele Sprachen übersetzt.

Primo Levi war von Beruf Chemiker. Durch Auschwitz wurde er zum Schriftsteller. "Das Lager war für mich, wie auch für viele andere Überlebende, die 'Glück gehabt' haben, eine Universität; sie hat uns gelehrt, uns umzuschauen und die Menschen zu beurteilen."

Er schenkte den Suchenden eine Reihe weiterer Bücher, Abhandlungen und Weiterentwicklungen des gleichen Themas. Nun liegt endlich auch sein letzte Buch in deutscher Übersetzung vor: "Die Untergangenen und die Geretteten". Er hat es 1986 geschrieben. Monate später suchte er den Freitod. Seine erschütterten Freunde konnten nur rätseln warum. Hatte er alles gesagt und war erschöpft? Die ratlos Zurückgebliebenen mußten zur Kenntnis neh-

men, daß auch Primo Levi durch das böse Jahr, das er im Vernichtungslager hatte zubringen müssen, gezeichnet blieb.

So wurde das letzte Buch Levis zu einer Art Testament. Wie alle seine früher geschriebenen Bücher zeichnet es sich durch uneingeschränkte Offenheit - eine Ehrlichkeit, die jedem Leser Respekt abfordert - aus. "Aus dem Abstand von Jahren läßt sich heute durchaus sagen, daß die Geschichte der Konzentrationslager fast ausschließlich von denen geschrieben wurde, die, wie ich, nicht den tiefsten Punkt des Abgrunds berührt haben. Wer ihn berührt hat, ist nicht mehr wiedergekommen, oder seine Beobachtungsgabe war durch das Leid und das Nichtbegreifen gelähmt". Zusammen mit dieser Einschränkung zerstört er auch die manchmal verbreitete Ansicht, die vor allem bei Leuten anzutreffen ist, welche nicht selbst Auschwitz überleben mußten, daß alle Opfern Märtyrern gleichen, alle Menschen, welche im Vernichtungslager die Uniform der SS trugen, sadistische Bösewichtige von Natur aus waren.

"Man muß sich vor allzu übertriebenen Vereinfachungen hüten", warnte Primo Levi, der seine Skepsis gegenüber Zeremonien und Feiern nicht verschweigt, "jedes Opfer ist zu beweinen, und jeder Heimkehrer hat Anspruch auf Hilfe und Mitleid, aber nicht alle ihre Verhaltensweisen sollen als Beispielhaft hingestellt werden." Ausführlich belegt Levi seine Sicht vor einer Grauzone, die es im Lager zwischen "weiß" und "schwarz" gegeben hat. "Es ist und bleibt eine Tatsache, daß es innerhalb und außerhalb des Lagers graue, zwielichtige, kompromißbereite Gestalten gibt. Die unerträgliche Spannung, die im Lager herrscht, führt zwangsläufig zu einer Zunahme dieser Personengruppe".

An anderer Stelle wendet sich Primo Levi gegen eine verklärende Stilisierung: "Je härter die Unterdrückung, um so verbreiteter unter den Unterdrückten die Bereitschaft, mit den Machthabern zu kollaborieren." Schrecken, Feigheit, kurzsichtiger Wille, zu einer auch noch so lächerlich beschränkten Macht zu gelangen, ja selbst sklavische Nachahmung des Siegers ließen diese Grauzone entstehen, die Levi beschreibt. Mit Nachdruck und eindringlichen Belegen zieht Levi die Schlußfolgerung: "Das nationalsozialistische System der Konzentrationslager bleibt ein Unikum sowohl von seinem Umfang her als auch von seiner Beschaffenheit."

Wie auch in seinem ersten, erschütternden Bericht "Ist das ein Mensch?" befaßt sich Primo Levi ebenfalls in seinem letzten Buch mit den "Hitler-Deutschen", wie er diejenigen nennt, die er kennenlernen mußte. Er denkt dabei nicht in erster Linie an das "Häufchen der in hohem Maße Schuldigen", er meint diejenigen, "die nicht einmal den bescheidenen Mut aufgebracht hatten, uns in die Augen zu sehen, uns ein Stück Brot zuzuwerfen, uns ein mitfühlendes Wort zuzuflüstern". Als ein "Heer von 'Invaliden' im Bannkreis einer Gruppe von Bestien" nennt er die Deutschen dieser Epoche; und hebt gleichzeitig die wenigen Ausnahmen hervor, die er unter den deutschen Zivilisten der Buna-Werke der IG Farben, in denen Levi arbeiten mußte, kennengelernt hat.

Neben der eindeutigen Schuld der Träger der SS-Uniform "muß ebenso deutlich gesagt werden, daß hinter ihrer Verantwortlichkeit die der großen Mehrheit der Deutschen steht", die Hitler gefolgt sind, solange das Glück und seine Skrupellosigkeit ihn begünstigten.

Levi ist sich des Risikos bewußt, "anachronistisch zu erscheinen und nicht mehr angehört zu werden", wenn man heutzutage über das spricht, was mit dem Synonym Auschwitz verbunden bleibt. Aber "es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen; darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben". Sein Bekenntnis lautet, "daß für mich das Lager und vom Lager geschrieben zu haben, eine wichtige Erfahrung gewesen ist, die mich zutiefst verändert, mir Reife und ein Lebensziel gegeben hat".

Wer Mut und Kraft hat, um zu erfahren, in welcher Atmosphäre die in das Vernichtungslager Auschwitz Deportierten zu existieren hatten, dem hilft die Lektüre dieses politischen Testaments, welches Primo Levi zurückgelassen hat.

(-/11. April 1991/rs/fr)

Hermann Langbein

## **DOKUMENTATION**

### **Laßt die Kurden leben!**

Die Arbeitsgruppe Golfkrieg im Netzwerk Friedenskooperative hat folgenden Aufruf erarbeitet.

Circa drei Millionen Menschen im Irak - Kurden, Araber und Turkmenen - sind auf der Flucht und werden dabei von Saddams Soldateska mit Napalm, Phosphor und Giftgas angegriffen. Tausende wurden getötet oder starben auf der Flucht, Zehntausende sind verletzt. Die kurdischen Dörfer und Städte im Irak sind verwüstet. Die Überlebenden haben keine Unterkunft, keine medizinische Versorgung, nichts zu essen. Die Fliehenden haben nur ungewisse Hoffnung, in der Türkei oder den Iran zu gelangen und dort Hilfe zu finden. Wir dürfen den Völkermord in Kurdistan nicht zulassen.

Rettet die Flüchtlinge! Öffnet die Grenzen, gewährt Zuflucht, Unterkunft, ärztliche Hilfe und Nahrung! Laßt die UNO-Hilfsorganisationen und Menschenrechtsorganisationen vor Ort helfen! Wir appellieren an die Bundesregierung und die EG-Staaten, entsprechenden Druck besonders auf die der EG assoziierten Türkei auszuüben und selbst wesentlich mehr medizinische und humanitäre Überlebenshilfe für die Zivilbevölkerung und die flüchtenden Kurden zur Verfügung zu stellen. Ein minimaler Bruchteil der großzügigen Zahlungen für den Golfkrieg reicht für seine Folgen bei weitem nicht. Eine Luftbrücke der Bundeswehr und die Aufnahme von verwundeten - insbesondere der Kinder - in Krankenhäuser der Bundesrepublik ist erforderlich. Die Betreuung der Flüchtlinge soll dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) unterstellt werden. Es sollte garantiert werden, daß die internationale Gemeinschaft für die Kosten der Flüchtlingshilfe aufkommt. In der Bundesrepublik muß sofort ein Abschiebestop für alle kurdischen Asylsuchenden beschlossen werden. Die UNO muß die unbehelligte Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen.

Das 30 Millionen Menschen zählende kurdische Volk hat keine Lobby. Im Golfkrieg wurde es wie schon so oft als Manövriermasse für fremde Machtinteressen mißbraucht. Die USA haben Kurden und Schilten zunächst zum Aufstand aufgefordert, scheinen aber jetzt am Machterhalt des für ihre Interessen 'gezähmten' Diktators Saddam Hussein interessiert. Den Republikanischen Garden haben sie den Weg zur Niederschlagung der Aufstände im Süden des Landes freigemacht. Damit tolerierten sie die Unterdrückung des Aufstands und den Völkermord. Es erging bisher nicht einmal eine Aufforderung an den Irak, das Waffenstillstandsabkommen nicht weiter durch die Angriffe mit Flugzeugen und Hubschraubern gegen die Bevölkerung zu verletzen.

Beendet die stille oder offene Kumpanei mit Saddam Hussein! Verlangt sofort und eindeutig den Stop des Mordens! Wir appellieren an den UN-Sicherheitsrat, die Resolution gegen den Massenmord mit konkreten Maßnahmen zu füllen. Verschärft die Kontrollen zur Erhaltung des Waffenembargos. Das Wirtschaftsembargo darf außerhalb humanitärer Maßnahmen nicht gelockert werden.

Auch für das kurdische Volk muß es endlich ein Selbstbestimmungsrecht geben. Frieden in der Region kann nur entstehen, wenn für alle grundlegenden Fragen und Krisenursachen eine realistische und gerechte Lösung gefunden wird. Dies betrifft vor allem die Konflikte Palästina, Kuwait, Libanon und Kurdistan sowie die Existenz Israels in sicheren und anerkannten Grenzen.

Beruft endlich eine Nahost-Friedenskonferenz ein! Laßt die legitimen Vertreter des palästinensischen und kurdischen Volks daran teilnehmen! Vereinbart substantielle Abrüstung und die Befreiung der Region von ABC-Waffen! Fördert Demokratie statt Diktatoren! Helft bei der Bekämpfung der ökologischen Katastrophe statt mit Kriegsgerät zur Bekämpfung der Menschen. Wir appellieren an die Bundesregierung, den UN-Sicherheitsrat, die arabische Liga und Israel, entsprechende Lösungen zu fördern und eine solche Konferenz zu ermöglichen.

Wir müssen jetzt alles in unserer Macht stehende tun, um die dringendste Hilfe und Solidarität für das kurdische Volk politisch und materiell zu leisten und eine gerechte, friedliche und demokratische Lösung zu fördern. Wir appellieren an Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, verbände und Organisationen sowie an alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich durch öffentliche Äußerungen und Aktionen für die Interessen der Kurden einzutreten und Hilfe für die von Hunger und Zerstörung betroffene Bevölkerung zu leisten.

**Der Appell wird von folgenden Gruppen und Organisationen getragen:**

Arbeitskreis Darmstädter Signal; Bonner Friedensplenum; Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL; Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK); Bundessprecherinnenkreis; Friedensinitiative Nottuln; Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V. (GDF); Die Grünen-Bundesvorstand; Die Grünen KV und Fraktion Bonn; Gesellschaft für bedrohte Völker - Gruppe Bonn; Forum Informatikerinnen für Frieden (FIFF); Initiative Kirche von unten; Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS); Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) NRW; Internationaler Versöhnungsbund - deutscher Zweig; Jungdemokratinnen Bundesverband; Kampagne Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen; Katholische Junge Gemeinde (KJG)-Bundesleitung; Koordinationsausschuß der Mannheimer Friedensbewegung (MAFA); Mitarbeiterinnen Bildungswerk für Friedensarbeit Bonn; Vereinigung der kurdischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (KOMKAR); Ökofonds NRW; Ohne Rüstung Leben; Ostermarschkreis Hessen; Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), Präsidium; Pax Christi Gruppe Wangen; Rechtshilfefonds für Ausländerinnen e.V.; Sozialistisches Forum; terres des hommes; Solidaritätsverein für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei (TUDAY)

\*\*\*\*\*